



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

31. Sitzung (öffentlich)

13. September 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:34 Uhr bis 17:28 Uhr

Vorsitz: Josef Neumann (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) 7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1422 (Erläuterungen zum Einzelplan 11)
Vorlage 18/1628 (nachträglich erschienen)

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

- | | | |
|---|---|----|
| 2 | Gesetz zur Übermittlung von Schülerinnen- und Schülerdaten am Übergang von der Schule in den Beruf (Schülerinnen- und Schülerdatenübermittlungsgesetz NRW) | 15 |
|---|---|----|

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/4532

- abschließende Beratung und Abstimmung

- keine Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

- 3 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die klinische und epidemiologische Krebsregistrierung im Land Nordrhein-Westfalen (LKRG NRW)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5351

– Wortbeiträge

- 4 Damit alle einsteigen können: NRW braucht kostenlosen ÖPNV für Kinder und Jugendliche sowie ein echtes Solidarticket** 17

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4584

- keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die schriftliche Anhörung im federführenden Ausschuss abzuwarten.

- 5 Anstieg der Zahl der Drogentoten und Stand der suchtmmedizinischen Versorgung in Nordrhein-Westfalen 18**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/858

Ausschussprotokoll 18/280 (Anhörung vom 07.06.2023)

– Wortbeiträge

6 Klimaschutz ist Gesundheitsschutz – NRW macht sich auf den Weg zu einer klimagerechten Gesundheitsversorgung **21**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2544

Ausschussprotokoll 18/230 (Anhörung vom 26.04.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

7 Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken! **24**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/628

Ausschussprotokoll 18/67 (Anhörung vom 15.11.2022)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.

8 Chancengleichheit schaffen – Inklusion in der Kita auf ein breites Fundament stellen **26**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4585

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Lena Teschlade (SPD), sich pflichtig an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung zu beteiligen.

9 Für ein faires Praktisches Jahr im Medizinstudium: Ausbildungsbedingungen verbessern und Vergütung anheben! 27

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5428

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Franziska Müller-Rech (FDP), eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen.

10 Bedarfsgerechte Behandlung von Alopecia areata (Kreisrundem Haar- ausfall) 28

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/5412

– Wortbeiträge

11 HPV-Impfungen fördern – freiwillige Schulimpfungen einführen! 29

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5426

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Franziska Müller-Rech (FDP), eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen.

12 Für ein familienfreundliches NRW: erweiterte Kinderkrankentage zu- sichern! 30

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/5415

– Wortbeiträge

13 Abschluss einer Bund-Länder-Vereinbarung zur Moderationsausbildung im Projekt „Interprofessionelle Qualitätszirkel Frühe Hilfen“ 31

Vorlage 18/1516

Drucksache 18/5646

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Abschluss der Bund-Länder-Vereinbarung zur Kenntnis.

14 Anerkennung ausländischer Fachkräfte in NRW (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]) 32

Bericht

der Landesregierung

Vorlage 18/1582

– Wortbeiträge

15 Zusammen im Quartier – Kinder stärken – Zukunft sichern (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]) 35

Bericht

der Landesregierung

Vorlage 18/1583

– Wortbeiträge

16 Ende der Beratungsangebote „Perspektiven im Erwerbsleben“ und „Fachberatung Anerkennung“ (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]) 37

Bericht

der Landesregierung

Vorlage 18/1581

– Wortbeiträge

17 Verschiedenes 39

hier: **Anhörung zu Gesetzentwurf Drucksache 18/4278 39**

7 Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/628

Ausschussprotokoll 18/67 (Anhörung vom 15.11.2022)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend –, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 31.08.2022)

In Anbetracht der Anhörung und auch der von den regierungstragenden Fraktionen in diesem Rahmen gestellten Fragen werde die Bedeutung des Antrags deutlich, leitet **Lisa-Kristin Kapteinat (SPD)** die Diskussion ein. Es müssten Maßnahmen ergriffen werden, um Kinder und Jugendliche besser zu schützen und zu unterstützen.

Wie im Antrag gefordert bedürfe es nach der Coronapandemie großer Anstrengungen, um das Leiden der Kinder und Jugendlichen zu lindern, leitet **Christian Loose (AfD)** seinen Redebeitrag ein. Viele von ihnen hätten sich in dieser Zeit von der Gesellschaft entfernt, andere sogar Suizide versucht oder begangen.

Die Ursachenschilderung im Antrag sei jedoch inkorrekt, da nicht die Pandemie, sondern die repressiven Maßnahmen das Leiden und die Vereinsamung verursacht hätten. Zudem fordere der Antrag nicht etwa, dass es nie wieder zu solchen Maßnahmen kommen dürfe, sondern eine neuerliche Vorbereitung auf Distanzunterricht.

Sie entnehme dem Antrag keine Forderung nach erneutem Distanzunterricht, entgegnet **Franziska Müller-Rech (FDP)**, woraufhin **Christian Loose (AfD)** auf den letzten Punkt des Forderungsteils hinweist.

Aus diesem Punkt gehe keine Forderung nach der Vorbereitung auf unmittelbar bevorstehenden Distanzunterricht hervor, widerspricht **Franziska Müller-Rech (FDP)**. Es gehe vielmehr darum, Distanzunterricht auch in anderen Bereichen zu prüfen, um etwa Kindern und Jugendlichen zu helfen, die zeitweise nicht am Unterricht teilnehmen könnten. Darüber sei auch im Ausschuss für Schule und Bildung bereits gesprochen worden. Die AfD-Fraktion solle Abstand davon nehmen, Anträge so zu interpretieren, dass sie bestmöglich zu ihrer Propaganda passten.

Die im Antrag geforderte Stärkung multiprofessioneller Teams, und der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologie hielte sie für sinnvoll. Ihre Fraktion werde dem Antrag also insgesamt zustimmen, weise aber noch darauf hin, dass nicht verschiedene Professionen

vorgesehen werden dürften, die dann in ihrem ursprünglichen Bereich fehlten. Daher müsse insgesamt für genügend Fachpersonal gesorgt und dies bereichsübergreifend betrachtet werden.

Viele Inhalte aus Antrag und Anhörung gehörten bereits zum Regierungshandeln, bemerkt **Marco Schmitz (CDU)**. So habe eine Aufstockung der multiprofessionellen Teams und der Schulpsychologie schon stattgefunden.

Eine Vertreterin der komba gewerkschaft nrw habe in der Anhörung angemerkt, dass sie es nicht für sinnvoll hielte, eine weitere Profession, nämlich Gesundheitsfachkräfte, im Schulsystem zu installieren.

Er verwehre sich gegen Christian Looses (AfD) populistische Darstellung, die SPD-Fraktion wolle mit dem Antrag wieder Distanzunterricht einführen. Es gebe seitens der Landesregierung klare Regelungen zum Thema „Distanzunterricht“.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.